

Bei Rente mit 67 auf Linie

SPD-Präsidium billigt Gabriels Vorschlag

BERLIN. Das SPD-Präsidium hat am Montag die von SPD-Chef Sigmar Gabriel vorgeschlagene Kompromisslinie bei der Rente mit 67 gebilligt. Wie aus Parteikreisen verlautete, fiel die Entscheidung nach kurzer Debatte einstimmig. Der Vorschlag von Gabriel, Generalsekretärin Andrea Nahles und Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sieht vor, dass die von der großen Koalition beschlossene schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit frühestens im Jahr 2015 beginnt – und nicht bereits 2012. Als Bedingung will die SPD festschreiben, dass die reale Beschäftigungsquote der 60 bis 64 Jahre alten Arbeitnehmer bis dahin mindestens 50 Prozent beträgt. Derzeit liegt sie laut SPD bei 21,5 Prozent. SPD-Vize Klaus Wowereit, der sich dafür ausgesprochen hatte, sich von dem Projekt völlig zu verabschieden, fehlte bei der Sitzung.

Eine Abstimmung auf dem SPD-Bundesparteitag Ende September ist nicht geplant. Die Ergebnisse einer Debatte unter den Mitgliedern – samt Einbindung von Experten – soll eine Parteikommission 2011 einem Parteitag vorlegen. Die CDU warf der SPD vor, sich aus der Verantwortung zu flüchten. Die Linke kritisierte den Kurswechsel als „schlappen Quoten-Humbug“. dpa/ddp



Brückentechnologie der anderen Art: Wasserfontänen vor dem Kanzleramt in Berlin – dort wird über die Atomabgabe entschieden. DDP

Berliner Kernspaltung

In der Atompolitik ist die Interessenlage unübersichtlich / Die FR erklärt die Standpunkte

Von Steven Geyer

BERLIN. Vier Wochen, bevor die Regierung ihr Konzept für die Energieversorgung in den nächsten Jahrzehnten vorlegt, sind die Interessen innerhalb der Koalition und Regierungsparteien unübersichtlicher denn je. Ein Überblick:

Finanzministerium: Noch immer verhandeln die Mitarbeiter von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) mit den Energiekonzernen, wie der Staat an den Gewinnen durch AKW-Laufzeitverlängerung profitiert. Im Juni hatte Schäuble die Idee einer Brennelementesteuer aufgegriffen. Laut Landesbank Baden-Württemberg können die Konzerne bei zehn Jahren Laufzeitplus mit rund 44 Milliarden Euro Extra-Profit rechnen. So plante Schäuble im Sparpaket 2,3 Milliarden Euro jährlich zur Haushaltssanierung ein – egal, wie hoch die Verlängerung ausfällt. Die Konzerne fürchten die Steuer, da sie auch bei geringer Laufzeit anfällt und von Folgeerhöhungen erhöht werden kann. Kanzlerin Angela Merkel ist offen für Alternativen, sagte am Sonntag aber die 2,3 Milliarden fest zu – nur für den Haushalt.

Umweltministerium: Norbert Röttgen (CDU) hatte gehofft, er profi-

tiere von den Zusatzgewinnen durch Fördermittel für erneuerbare Energie oder eine Beteiligung an der Sanierung für das Atomzwischenlager Asse. Denn so steht es im Koalitionsvertrag. Der Widerstand gegen die Atomsteuer erschwert aber weitere Abgaben zugunsten Erneuerbarer. Merkel will die Möglichkeit zwar prüfen, „aber da gibt es bisher keine Summen“, sagte sie im ZDF. Zu einem Bericht der Süddeutschen Zeitung, wonach es keine Zusatz-Abgabe geben werde, sagte ein Regierungssprecher am Montag, dies werde das Energiekonzept entscheiden. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sagte, die Parteiführung wolle bei längeren Laufzeiten sowohl Brennelementesteuer als auch „einen weiteren Beitrag“ kassieren. Zwei Stunden später ruderte er zurück: Er habe keine konkrete Zusatz-Abgabe gefordert, ließ er mitteilen.

Wirtschaftsministerium: Greenpeace hat gestern beim Berliner Verwaltungsgericht Klage gegen Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) eingereicht. Er halte rechtswidrig einen Bericht an die EU-Kommission über die Energieversorgung Deutschlands zurück. Der Vorjahresbericht zeige, dass auch bei einem Atomausstieg Versorgungssicherheit nach 2020 be-

stehe. Brüderle wolle vertuschen, dass Atomkraft überflüssig sei, so Greenpeace. Brüderles Sprecherin nannte Terminalschwierigkeiten als Grund für die Verzögerung. Brüderle hält sich mit öffentlichen Äußerungen zurück – wie die meisten FDP-Politiker. Bei den meisten Konflikten mit dem Umweltministerium – etwa bei der Energieeffizienz – setzte er sich aber im Kabinett durch. Laut Spiegel hat sich Brüderle mit dem Wirtschaftsflügel der Unionsfraktion und den Südländern verabredet, 14 zusätzliche Jahre AKW-Laufzeit zu fordern.

Südländer: In den unionsregierten Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen stehen die meisten AKW – und sichern den Ländern große Steuereinnahmen. Viele davon müssen aber nach geltendem Recht 2011 stillgelegt werden. Zudem wurde der Ausbau Erneuerbarer hier kaum betrieben; anders als etwa in Ostdeutschland und Niedersachsen. Darum fordern die Südländer vehement deutlich mehr Atomkraft, während die CDU-Ministerpräsidenten aus Sachsen, Thüringen, Niedersachsen, Saarland und Schleswig-Holstein dagegen sind.

Bundesrat: Lange war eine Hauptfrage im Atomstreit, ob die Länder

Extra-Laufzeiten zustimmen müssen. Im Bundesrat würde derzeit eine Mehrheit jede Verlängerung stoppen. Bayerns Umweltminister Markus Söder (CSU) bestritt gestern erneut diese Zustimmungspflicht. Die Bundesregierung hat sich laut Regierungskreisen bereits geeinigt, den Bundesrat nicht zu befragen. Um das Risiko des Verfassungsbruchs zu vermeiden, schlägt das Innenministerium höchstens acht Jahre mehr Laufzeit vor. Danach müssten die Länder wegen neuer Abgaben in der Atomaufsicht zustimmen. Ein Gutachten des Ministeriums hält laut Spiegel nur ein Plus von zwei Jahren und vier Monaten für zustimmungsfrei.

Kanzleramt: Der Druck auf Merkel wächst. In Umfragen sind Mehrheiten sind gegen Atomkraft, Zehntausende demonstrieren. Energie- und einige Industriemanager warnen, der Ausstieg schade der Wirtschaft. Andere Branchen – etwa die Maschinenbauer – sagen das Gegenteil. Merkel wird die Laufzeitverlängerung deshalb wohl vor allem mit Klimaschutz und Energiesicherheit begründen. Für die Begrenzung der Laufzeiten kann sie auf den Koalitionsvertrag verweisen, der Atomkraft „Brückentechnologie“ nennt.

Buback gegen Becker

Sohn von RAF-Mordopfer tritt als Nebenkläger auf

KARLSRUHE. Michael Buback, Sohn des 1977 ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback, wird in dem Gerichtsprozess gegen die frühere RAF-Terroristin Verena Becker ab dem 30. September in Stuttgart als Nebenkläger auftreten. Er hoffe, dass dann nicht nur die Tat aufgeklärt werde, sondern auch, warum die Aufklärung so lange gedauert habe, sagte Buback dem Deutschlandradio am Montag.

Becker wird beschuldigt, an der „Planung und Vorbereitung“ des Attentats auf Siegfried Buback beteiligt gewesen zu sein. Sie soll an der Ausspähung des Tatorts mitgewirkt haben.

Buback erneuerte seine Kritik an den Ermittlungen der Bundesanwaltschaft und warf den Behörden vor, sie hätten die Aussagen von „vielen Zeugen“ des Attentats nicht aufgenommen und „irgendwie versichern und verschwinden“ lassen. „Deshalb meine ich, sollte ich da sein“, begründete Buback seine Nebenklage. Der Prozess wird in Stuttgart-Stammheim stattfinden, wo früher RAF-Mitglieder in Haft saßen. afp